

Satzung der Gemeinde Dabel über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Gemeinde Dabel

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.01.1998 (GVOBl. M-V S. 29) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 09.08.2000 (GVObl. M-V S. 360) und des § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung vom 19.04.1994 (BGBl. I, S. 854) in Verbindung mit dem § 24 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG M-V) vom 13.01.1993 (GVOBl M-V vom 29.01.1993, S. 42) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung am 14.11.2002 folgende Satzung erlassen:

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für Sondernutzungen und Nutzungen nach bürgerlichem Recht an folgenden, dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen des Verwaltungsbereiches der Gemeinde Dabel und seinen Ortsteilen :
 1. Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen,
 2. Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen,
 3. Ortsdurchfahrten im Zuge von Kreisstraßen,
 4. Gemeindestraßen,
 5. sonstige öffentliche Gehwege, Straßen, Wege, Plätze und Flächen.
- (2) Sondernutzungen auf dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen, die in anderer verantwortlicher Straßenbaulast liegen als der der Gemeinde Dabel, werden durch diese Satzung nicht berührt. Hierbei sind die Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) sowie die Bestimmungen des Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg-Vorpommern zu beachten.

§ 2 Begriffsbestimmung

- (1) Sondernutzung ist jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung der in § 1 genannten öffentlichen Bereiche.
- (2) Gemeingebrauch ist die jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften offenstehende Benutzung der öffentlichen Straßen zum Verkehr. Kein Gemeingebrauch liegt vor, wenn die Straße nicht vorwiegend zum Verkehr, sondern zu anderen Zwecken benutzt wird.
- (3) Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, bedarf die Sondernutzung an den in § 1 dieser Satzung genannten öffentlichen Bereichen einer Erlaubnis des verantwortlichen Straßenbaulastträgers (Sondernutzungserlaubnis).

§ 3 Erteilung der Sondernutzungserlaubnis

- (1) Die Sondernutzungserlaubnis ist schriftlich bei der Gemeinde Dabel zu beantragen. Es können folgende Unterlagen und Nachweise verlangt werden:
 1. maßstabsgerechte Zeichnung,
 2. textliche Beschreibung,
 3. Angaben darüber, in welcher Weise den Erfordernissen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie dem Schutze der Straße und Einrichtungen Rechnung getragen wird,
 4. Angaben darüber, in welcher Weise mögliche Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vermieden werden,

- (2) Die Sondernutzungserlaubnis wird auf jederzeitigen Widerruf erteilt. Ferner wird diese für einen bestimmten Zeitraum oder zeitlich unbegrenzt erteilt. Es können für diese Erlaubnis Auflagen und Bedingungen festgesetzt werden.
- (3) Die Sondernutzung erlischt durch:
 1. Zeitablauf,
 2. Widerruf der erlassenden Behörde,
 3. Nichtinanspruchnahme der Erlaubnis durch den Erlaubnisnehmer über einen Zeitraum von sechs Monaten hinaus,
 4. Nichteinhaltung der festgesetzten Bedingungen und Auflagen,
 5. zweckentfremdenden Nutzung der Erlaubnis,
 6. Missbrauch der Erlaubnis.

§ 4 Sondernutzungsgebühren

Für die Sondernutzung an öffentlichen Flächen entsprechend § 1 dieser Satzung werden Gebühren nach einer gesonderten Gebührensatzung erhoben.

§ 5 Sondernutzungserlaubnis in besonderen Fällen

- (1) Die Erlaubnis für nachstehende Sondernutzungen gilt als erteilt, wenn die dafür vorgesehenen baulichen Anlagen baurechtlich genehmigt oder - bei nur anzeigepflichtigen Anlagen - der Bauaufsichtsbehörde angezeigt sind und die Gemeinde Dabel zugestimmt hat
 1. Vordächer, Sonnendächer, Markisen, Gesimse, Balkone, Fensterbänke, Reklameeinrichtungen, an Fassaden und Auskragungen über öffentlichen Gehwegen - die lichte Höhe von 2,20 m darf jedoch nicht unterschritten werden ;
 2. Hinweisschilder auf öffentliche Gebäude und Gottesdienste ;
 3. Stufen und Sockel, Schächte und ähnliches, Erker und ähnliches ;
 4. Automaten an Hausfassaden .
- (2) Das Regellichtraumprofil der Fahrbahn von mind. 0,70 m darf durch bauliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden.
- (3) Die Sondernutzung des öffentlichen Verkehrsraumes (Gehwege) für gewerbliche Zwecke (z.B. Straßenkaffee, Warenauslagen) kann nur dann erfolgen, wenn ein reibungsloser Fluss des Verkehrs gewährleistet ist und dadurch keine Gefährdungen für den öffentlichen Bereich sowie die Verkehrsteilnehmer gegeben ist.

§ 6 Nutzung nach bürgerlichem Recht

- (1) Die Nutzung der in § 1 dieser Satzung genannten öffentlichen Bereiche über den Gemeingebrauch hinaus kann in Form eines bürgerlich-rechtlichen Vertrages durch den jeweiligen Träger der Straßenbaulast gewährt werden, sofern
 1. durch die Nutzung der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt wird oder
 2. die Nutzung der öffentlichen Versorgung dient.

Ein Anspruch auf Abschluss eines solchen Vertrages besteht nicht.

- (2) Der Gestattungsvertrag ist je nach den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles auf Zeit mit bestimmten Kündigungsfristen oder jederzeit kündbar abzuschließen. In ihm sind insbesondere festzulegen:

1. das Entgelt für die Gestattung der Nutzung
2. die Ersatzpflicht für sämtliche Aufwendungen und sonstige Nachteile, die die Gemeinde Dabel aus Anlass der Nutzung treffen.

§ 7 Erstattung von Mehrkosten

(1) Wenn eine öffentliche Fläche im Sinne des § 1 dieser Satzung wegen der Art des Gebrauches durch einen anderen verändert oder aufwendiger hergestellt werden muss (z.B. besondere Befestigung von Fahrbahnen, Rad- und Gehwegen, Absenkung von Hochborden, Verrohrung von Gräben u.a.), so wird die Herstellung durch den Straßenbulasträger ausgeführt oder veranlasst. Der Andere (Verursacher bzw. Erlaubnisnehmer) hat dem Straßenbulasträger die Mehrkosten für die Herstellung, Änderung und Unterhaltung zu erstatten. Der Straßenbulasträger kann diesbezüglich Vorschüsse und Sicherheiten verlangen.

§ 8 Haftung

Für die Erfüllung von Ansprüchen, die der Gemeinde Dabel oder Dritten aus einer Sondernutzung entstehen, haften die Erlaubnisnehmer, sein Rechtsnachfolger und der Antragsteller als Gesamtschuldner.

§ 9 Sonstige Bestimmungen

Die Sondernutzungsgenehmigung ersetzt nicht andere nach besonderen Rechtsvorschriften erforderliche Genehmigungen. Dies trifft insbesondere zu auf verkehrsrechtliche Anordnungen entsprechend den §§ 45/46 StVO.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten alle anderen Bestimmungen über Sondernutzungen, die die Gemeinde Dabel erlassen hat, außer Kraft.

Dabel, den 05.12.2002

gez. Rohde
Bürgermeister

Verfahrensvermerk

Vorstehende Satzung wurde dem Landrat des Landkreises Parchim als untere Rechtsaufsichtsbehörde gem. § 5 Abs. 2 KV M-V angezeigt und mit Schreiben vom 28.11.2002 genehmigt.

Hiermit wird die Satzung öffentlich bekannt gemacht.

Ein Verstoße gegen Verfahrens- und Formvorschriften, die in dieser Satzung enthalten oder aufgrund dieser Satzung erlassen worden sind, kann nach Ablauf eines Jahres seit der öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Folge tritt nicht ein, wenn der Verstoß innerhalb der Jahresfrist schriftlich unter Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache aus der sich der Verstoß ergibt, gegenüber der Gemeinde Dabel geltend gemacht wird.

Veröffentlichung im Stirnburger Verklicker Nr. 12/02 vom 20.12.2002